

Antrag 304/I/2026

Ingo S., Uwe H., Michael R. et al.

Der Landesparteitag möge beschließen:

„Demokratie leben!“ sichern – Präventionsstrukturen erhalten

1 Der Landesparteitag der SPD Berlin beschließt, die sozi-
 2 aldemokratische Bundestagsfraktion, die sozialdemokra-
 3 tischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozial-
 4 demokratischen Mitglieder des Berliner Senats aufzufor-
 5 dern, sich dafür einzusetzen, dass

6

- 7 1. die geplanten Projektbeendigungen im Bundespro-
 8 gramm „Demokratie leben!“ ausgesetzt werden,
 9 bis belastbare Evaluationsergebnisse vorliegen und
 10 tragfähige Anschlusslösungen gesichert sind.
- 11 2. bundesweite Netzwerke, Fachstrukturen sowie
 12 Innovations- und Modellprojekte dauerhaft gesi-
 13 chert und ausgebaut, sowie
- 14 3. die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Träger
 15 gewährleistet und laufende Beratungs- und Dera-
 16 dikalisierungsprozesse verlässlich abgesichert wer-
 17 den.

18

19 Die fortgesetzten Angriffe auf die organisierte Zivilgesell-
 20 schaft werden wir uns weiterhin entgegenstellen. Auch ei-
 21 ne kritische Zivilgesellschaft ist wichtig für eine demokra-
 22 tische Gesellschaft.

23

Begründung

24 Prävention wirkt leise – ihr Ausfall wird laut und teuer.

25 Die geplante Neuausrichtung des Bundesprogramms
 26 „Demokratie leben!“ gefährdet zentrale Teile der Präven-
 27 tionsarbeit in Berlin. Über 200 Projekte sollen zum 31.
 28 Dezember 2026 beendet werden – mitten im Förderzeit-
 29 raum, ohne abgeschlossene Evaluation und ohne verläss-
 30 liche Anschlussstruktur. Für Berlin bedeutet das den dro-
 31 henden Wegfall von rund 15 Millionen Euro an Fördergel-
 32 dern jährlich.

33 Besonders betroffen sind bundesweite Netzwerke, Fach-
 34 strukturen sowie Innovations- und Modellprojekte. Damit
 35 wird nicht nur die Förderung reduziert, sondern auch die
 36 Grundlage wirksamer Prävention geschwächt: der Wis-
 37 senstransfer, die Qualitätssicherung und die Fähigkeit, auf
 38 neue Formen von Radikalisierung zu reagieren. In den
 39 Berliner Bezirken drohen Angebotslücken, der Abbruch
 40 laufender Beratungs- und Deradikalisierungsprozesse so-
 41 wie der Verlust von Fachkräften und gewachsenen Ver-
 42 trauensstrukturen. Zugleich entsteht durch eine stärkere
 43 Steuerung auf kommunaler Ebene das Risiko politischer
 44 Abhängigkeiten. Prävention darf nicht davon abhängen,
 45 wer vor Ort die Mehrheit stellt. Sie muss gerade dort ver-
 46 lässlich funktionieren, wo demokratiefeindliche Entwick-
 47 lungen besonders stark sind.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Landesparteitag der SPD Berlin beschließt, die sozi-
 aldemokratische Bundestagsfraktion, die sozialdemokra-
 tischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozial-
 demokratischen Mitglieder des Berliner Senats aufzufor-
 dern, sich dafür einzusetzen, dass

1. die geplanten Projektbeendigungen im Bundespro-
 gramm „Demokratie leben!“ ausgesetzt werden, bis
 11 belastbare Evaluationsergebnisse vorliegen und
 tragfähige Anschlusslösungen gesichert sind.
2. bundesweite Netzwerke, Fachstrukturen sowie
 Innovations- und Modellprojekte, **insbesondere
 jene, die sich für Demokratie und gegen Rassismus
 und Antisemitismus einsetzen**, dauerhaft gesi-
 chert und ausgebaut, sowie die **Unabhängigkeit
 zivilgesellschaftlicher Träger gewährleistet und lau-
 fende Beratungs- und Deradikalisierungsprozesse
 verlässlich abgesichert und**
3. die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Träger
 gewährleistet und laufende Beratungs- und Dera-
 dikalisierungsprozesse verlässlich abgesichert wer-
 den.

Die fortgesetzten Angriffe auf die organisierte Zivilgesell-
 schaft werden wir uns weiterhin entgegenstellen. Auch ei-
 ne kritische Zivilgesellschaft ist wichtig für eine demokra-
 tische Gesellschaft.

49 Die Umstrukturierung bei „Demokratie Leben“ muss im
50 Kontext der fortgesetzten Attacken auf die organisierte
51 Zivilgesellschaft aus Teilen der CDU/CSU gesehen werden.
52 Nicht erst im Frühjahr des letzten Jahres mit der schrift-
53 lichen Anfrage zu zivilgesellschaftlichen Organisationen,
54 sondern schon seit Jahren, in kommunal Parlamenten und
55 Landtagen und nun eben auch in der Bundesregierung.
56 Die Union misstraut der Zivilgesellschaft, vor allem dann,
57 wenn diese sich kritisch gegenüber der Union äußert. Dies
58 haben auch die Vorgänge um die Fördergeldaffäre der
59 CDU in Berlin gezeigt.